Nr. 77. — 1915
25. Jahrgang

Beilage zur Berner Tagwacht

Samstag, den 3. April

Internationale sozialistische Frauenkonferenz in Bern.

Offizieller Verhandlungsbericht.

Eine internationale Friedenskonferenz sozialistischer Frauen hat vor einiger Zeit in Bern getagt. An ihr nahmen tätige Genossinnen teil aus Deutschland, England, Frankreich, Rußland, Polen, Holland, Italien und der Schweiz.

Die englische Delegation vertrat die Unabhängige Arbeiterpartei und all die sozialistischen Vereinigungen und Arbeiterinnenorganisationen, die dem Internationalen Frauenrat für Großbritannien angeschlossen sind. Darunter befinden sich auch die Fabier und mehrere große Verbände von Frauengewerkschaften. Die deutsche Delegation ließ erklären, daß sie — wie die Dinge in Deutschland liegen — keine beauftragte Vertretung der deutschen Sozialdemokratie sei, sondern daß die anwesenden Genossinnen unter ihrer persönlichen Verantwortlichkeit an der Zusammenkunft teilnähmen, getragen von dem Bewußtsein, daß die sehr große Mehrzahl der weiblichen Parteimitglieder hinter ihnen stände.

Die Vertreterin sozialistischer Frauen in Frankreich stellte fest, daß sie leider nur im Namen einer Minderheit ihrer Gesinnungsgenossinnen sprechen könne, jedoch hoffen dürfe, durch die Friedenspropaganda große Kreise von Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zu erfassen.

Die russische Delegation zerfiel in zwei Gruppen, von denen die eine die Organisationen sozialistischer Frauen vertrat, die dem Zentralkomitee angeschlossen sind, die andere die sozialdemokratischen Vereinigungen, die den Organisationskomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei angehören.

Die Konferenz mußte auf die zugesagte Beteiligung zweier belgischer Genossinnen verzichten, weil diese keinen Ausländspaß erhalten hatten.

Die österreichischen Genossinnen hatten mitgeteilt, daß ihrer Beteiligung jetzt unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenständen, daß sie aber — wenn diese Zusammenkunft nur vorbereitend sei — für eine spätere Zusammenkunft sicher sei. Genossin Schlesinger-Wien, Genossin Kollontay-Christiania, und deutsche Genossinnen sandten der Konferenz herzliche Grüße und Wünsche für erfolgreiche Arbeit.

Die Konferenz bedauerte aufrichtig die Abwesenheit der österreichischen Genossinnen, doch lehnte sie es ebenso einmütig als entschieden ab, nur vorbereitende Arbeit für eine spätere Zusammenkunft zu leisten. Für ihre Entscheidung waren diese zwei Gründe ausschlaggebend: Bei den ganz außerordentlichen Schwierigkeiten, die Verbindung zwischen den Genossinnen der einzelnen Länder, namentlich aber der kriegführenden, aufrechtzuerhalten, fehle es an jeder Sicherheit dafür, daß in etlicher Zeit eine weitere Konferenz ermöglicht werden könne. Angesichts der vom Kriege geschaffenen Situation dürften die Frauen außerdem mit ihrer Friedensaktion nicht warten, bis die ringenden Völker erschöpft verbluteten. In der Erörterung drehte und vor den Ansprüchen von Genossinnen aus allen vertretenen Ländern kam es erhebend zum Ausdruck, wie klar und stark das Bewußtsein der internationalen Solidarität ist, das die Sozialistinnen aller Nationalitäten miteinander verknüpft. Der Krieg hat es nicht gelockert, vielmehr noch gefestigt und vertieft. Daneben zeigte sich angesichts des Krieges und seiner vielgestaltigen Wirkungen, das gesteigerte Verantwortlichkeitsgefühl der Genossinnen als politische Kämpferinnen, Frauen und Mütter. Es waren dies Wesenszüge, die unbeschadet aller nationalen Eigenart von der ersten bis zur letzten Minute den Verhandlungen ihr Gepräge gaben und eine Atmosphäre des Sichverstehens, der Einmütigkeit und Harmonie schufen, in der alles Nebensächliche, Kleinliche und Persönliche ausgelöscht war.

Hauptgegenstand der Beratungen war der erste Punkt der Tagesordnung:

„Die internationale Friedensaktion der sozialistischen Frauen".

Die Konferenz war einmütig der Ansicht, daß man sich zunächst über die grundsätzliche Stellung der Genossinnen zur Kriegs- und Friedensfrage zu verständigen habe, dann über die Mittel und Wege, der grundsätzlichen Auffassung entsprechend, für den sofortigen Frieden zu handeln. Ebenso einhellig wurde betont, daß das Schwergewicht der Beratungen nicht auf Formulierung einer Wortbekenntnisses gelegt werden dürfe, daß vielmehr die Konzentration des Willens auf die Aktion das entscheidende sein müsse. Den Verhandlungen über die Friedensaktion lag der Entwurf einer Erklärung zugrunde, der von der Internationalen Sekretärin in Verbindung mit den holländischen und englischen Genossinnen eingebracht worden war. Dieser Entwurf stoße den gemeinsamen Boden ab, auf dem die sozialistischen Frauen bei ihrer Friedensaktion stehen, forderte die Genossinnen auf, unverzüglich die Friedenssehnsucht der Frauen, namentlich aber der Proletarierinnen, zum bewußten Friedenswillen zu gestalten, der keine Zeit und Gelegenheit versäumt und alle vorhandenen Mittel und Wege ausnutzt, um in Massenkundgebungen jeder Art politisch wirksam zu werden. Der Entwurf sprach des weitern die Erwartung aus, daß die Friedensaktion der Frauen die Verbündete einer Friedensbewegung des arbeitenden Volkes sein solle, deren Führung die sozialistischen Parteien rasch, energisch und zielklar zu übernehmen hätten, gemäß den Beschlüssen der Internationalen Sozialistenkongresse zu Stuttgart, Kopenhagen und Basel.

Die russischen Delegierten, die dem Zentralkomitee angegliederte Frauenorganisationen vertraten, stellten ihm einen eigenen Entwurf entgegen. Er begnügte sich nicht mit einer positiven grundsätzlichen Stellungnahme, sondern setzte sich mit dem Verhalten der sozialistischen Parteien in den einzelnen kriegführenden Ländern kritisch auseinander, verurteilte die Kriegskreditbewilligung etc. Was die Friedensaktion der Frauen anlangt, so betonte er, daß sie vor allem ein Glied in der Kette des revolutionären Kampfes zu sein habe und mit revolutionären Mitteln geführt werden müsse. Von den Delegierten der dem Zentralkomitee angeschlossenen russischen Organisationen und einer polnischen Delegierten abgesehen, wandten sich Vertreterinnen aller Delegationen und die Internationale Sekretärin gegen diesen Entwurf. Seine Rednerin ließ einen Zweifel darüber, daß das im Entwurf verurteilte Verhalten einzelner sozialistischer Parteien auch von ihrem eigenen persönlichen Ueberzeugung nicht gebilligt werden könne. Allein, so führten sie übereinstimmend aus, die Friedenskonferenz der Frauen sei nicht der Ort für eine Auseinandersetzung darüber. Sie habe nur eine Aufgabe: eine zielklare und kraftvolle einheitliche internationale Friedensaktion der Genossinnen in die Wege zu leiten. Die Abrechnung über die Haltung der sozialistischen Parteien seit Kriegsausbruch habe auf den nationalen Parteitagen und dem allgemeinen internationalen Sozialistenkongreß zu erfolgen. Schon zwei Erwägungen allein müßten davon zurückhalten, sich auf der Konferenz mit den einschlägigen Dingen zu beschäftigen. Zunächst würden dadurch die Widerstände gegen die dringend notwendige Friedensaktion der Genossinnen verwirrt, die diese selbst erleide in der Folge eine Schwächung. Des weiteren aber dürfe die Konferenz sich nicht als ein Tribunal einsetzen, das einseitig ein Verdammungsurteil über Handlungen ausspreche, die hier keine Verteidiger, keine Vertreter finden würden, so daß der Versuch zu ihrer Begründung und Rechtfertigung ausgeschlossen sei. Diese Auffassung hat die Debatten beherrscht und ohne Rücksicht auf die Erörterung der Frage konzentriert, was die Genossinnen in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des internationalen Sozialismus und in Würdigung der gegebenen Verhältnisse tun müßten, um eine Friedensaktion erfolgreich zu führen. Die Resolution der einen russischen Delegationsgruppe erhielt außer der eigenen Stimme auch noch die eines Teils der polnischen Delegierten, alle andern Delegationen stimmten geschlossen dagegen, darunter auch die Vertreterinnen des Organisationskomitees der Sozialdem. Arbeiterpartei Rußlands. Ebenso geschlossen und gruppiert war die Abstimmung über den zweiten angeführten Entwurf, er wurde von den Delegationen angenommen, mit Ausnahme der Delegation des russischen Zentralkomitees und eines Teils der Delegierten für Polen. Die genannte Delegation gab zu ihrer Abstimmung die vorstehende Erklärung ab:

„Wir haben gegen die von der Konferenz beschlossene Resolution gestimmt, weil wir erachten, daß sie von principiellem Standpunkt aus ungenügend und unvollständig ist. Gleichzeitig erklären wir, daß wir uns nicht von der gemeinsamen Aktion trennen, wir sind bereit, jede Aktion zu unterstützen, die in der Richtung des revolutionären Kampfes liegt und des Kampfes gegen Nationalismus und Chauvinismus."

Wir geben die zur Annahme gelangte „Erklärung" der Konferenz in der Beilage zur vorliegenden Nummer wieder.

Die Konferenz beschloß einstimmig die Friedensaktion durch ein Manifest an die Frauen des verkämpften Volkes einzuleiten, mit dessen Abfassung eine international zusammengesetzte Kommission beauftragt wurde. Dieses Manifest finden Sie an anderer Stelle.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung lag noch eine Resolution der englischen Delegation vor, die Protest erhebt gegen das Bestreben einzelner Kapitalisten und Kapitalistengruppen, die Preise der Lebensbedürfnisse und des gesamten Heeres- und Marinebedarfs in die Höhe zu treiben, die Löhne zu drücken und die Arbeitsbedingungen in allgemeinen zu verschlechtern, ganz besonders aber die Ausbeutung der Frauen und Kinder zu verschärfen. Gegen Praktiken dieser Art, so fordert die Resolution, soll das werktätige Volk ohne Rücksicht auf den Burgfrieden mit aller Entschiedenheit ankämpfen. Die außerzeitliche Frage zeitigte eine sehr lehrreiche und anregende Diskussion. Sie beschäftigte sinnenfällig, daß in allen Ländern die kapitalistische Praxis in schreiendem Widerspruch zu dem patriotischen Lippenbekenntnis steht, und daß die Fabrikanten, Händler und Spekulanten der einzelnen kriegführenden Länder in punkto dieser Praxis einander nichts vorzuwerfen haben, sondern eine internationale Bruderschaft der Profitgaierei sind.

Als zweiten Punkt der Tagesordnung erörterte die Konferenz

„die Notwendigkeit in der allgemeinen Arbeiterbewegung gegen den Nationalismus anzukämpfen und für den internationalen Sozialismus zu wirken."

Delegierte von fast allen vertretenen Ländern schilderten, wie verderblich seit dem Kriegsausbruch ein durchaus bürgerlicher Nationalismus das Leben der Arbeiterorganisationen, den Geist der Arbeiterpresse beeinflusse und die Ideale des internationalen Sozialismus nicht zum Wort kommen lasse. Sie stellten aber auch fest, daß in den Organisationen und unter den proletarischen Massen selbst eine Gegenströmung eingesetzt habe, die mit der Dauer des Krieges an Kraft und Klarheit gewinne. Die Frauen seien im allgemeinen weniger in ihrer sozialistischen Ueberzeugung erschüttert worden als die Männer und bekundeten das heiße Verlangen, tieferen Einblick in alle die Fragen zu erlangen, die der Krieg vor sie gestellt habe. Die russischen Durchgiegierten konnten berichten, daß der erwachende Teil des Proletariats ihrer Heimat von Anfang an, so gut wie immun gegen den Kriegsrausch und den Chauvinismus gewesen sei. Die Debatten unterstrichen stark die Pflicht der Genossinnen, als Mütter der planmäßigen chauvinistischen Verseuchung der jungen Geister und Gemüter durch die Schulen entgegenzutreten, auch auf die Gefahr hin, ihren Kindern manche unangenehme Stunde zu bereiten. Sie ließen hell hervortreten, daß die Genossinnen zur Ueberwindung einer niedrigen nationalistischen Auffassung und Gesinnung einer geklärten und vertieften sozialistischen Ueberzeugung bedürften. Eine solche macht es ihnen möglich, den Sozialismus als Weltanschauung zu propagieren, die keinen leeren Raum im Seelenleben der Bekenner lasse, einen leeren Raum, der von imperialistischen Ideen ausgefüllt werden könne. Aus naheliegenden Gründen sah die Konferenz davon ab, den Genossinnen bestimmte Mittel und Wege zur Erfüllung der aufgezeigten Aufgaben als Klassenkämpferinnen und Mütter zu empfehlen.

Nach Erledigung der Tagesordnung stellte die holländische Delegation den Antrag, die Konferenz möge alle Organisationen von sozialistischen Frauen und Arbeiterinnen, die nicht vertreten, alle Sozialistinnen, die nicht anwesend waren, auffordern, den gefaßten Beschlüssen beizutreten und ihre Durchführung tatkräftig zu fördern. In einem zweiten Antrag regte sie einen Protest gegen die Verhaftung der russischen sozialdemokratischen Dumaabgeordneten wie gegen die Verhaftung der Genossin Luxemburg unter den bekannten Umständen an. Diese beiden Anträge gelangten ohne Debatte und einstimmig zur Annahme. Die englische Delegation brachte eine Resolution ein, die unbeschadet der grundsätzlichen Unterschiede, in der sozialistischen und bürgerlichen Auffassung der Friedensfrage den nichtsozialistischen Friedensfreunden und insbesondere dem bevorstehenden Internationalen Friedenskongreß der Frauen im Haag die Sympathie der Konferenz ausspricht. Die Resolution wurde gegen die Stimme der russischen Delegation angenommen, die das Zentralkomitee vertrat.

Die Konferenz schloß mit den Worten des herzlichsten Dankes für die initiative, energische und umsichtsvolle Arbeit der Internationalen Sekretärin, der in erster Linie zu verdanken ist, daß das Band der internationalen Solidarität unter den sozialistischen Frauen auch nicht einen Augenblick zerrissen wurde und daß die Konferenz, deren geschichtliche Bedeutung erst später voll zu würdigen sein wird, zustande kam und ihre Aufgabe in vollendeter Weise erfüllt gekommen ist. Ebenso dankte die Konferenz der unermüdlichen Genossin Angelica Balabanoff für ihre gewissenhaften Ueberzeugungen wie für die Gastfreundschaft und die Unterstützung der schweizerischen Genossinnen und Genossen, die wesentlich dazu beigetragen haben, daß die Tagung in kürzester Frist vorbereitet und organisiert werden konnte.

Die Vertreterinnen der verschiedenen Länder haben sich in der Ueberzeugung getrennt, daß die gemeinschaftliche Beratung die Bande der Solidarität zwischen ihnen fester als je geknüpft hat, und daß die gemeinschaftliche Friedensaktion sie unlöslich machen wird. Eine sozialistische Internationale kann nur arbeitend, kämpfend zur Wirklichkeit werden.

Resolution der internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Bern 1915.

Die außerordentliche Konferenz sozialistischer Frauen, die am 26., 27. und 28. März in Bern getagt hat und von tätigen Genossinnen aus Deutschland, Frankreich, England, Rußland, Polen, Italien, Holland und der Schweiz beschickt war, erklärt:

Der jetzige Weltkrieg hat seine Ursachen in dem kapitalistischen Imperialismus. Er ist letzten Endes heraufbeschworen worden durch das Bedürfnis der ausbeutenden und herrschenden Klassen in den einzelnen Ländern. Im Konkurrenzkampf miteinander versuchen sie, ihre Ausbeutung und Herrschaft über die Grenzen des Heimatstaates hinaus auszudehnen und dadurch gleichzeitig diese ihre Ausbeutung und Herrschaft über die besitzlosen Volksgenossen daheim zu befestigen und zu verewigen. In den besitzenden Klassen sind außerdem Kündigkeit als besondere Kriegsdrohung und Kriegsgeschäfte die internationalen finanziellen Interessen, die großen Rüstungsindustrien wirksam. Diese beuten die Nationen selbst aus, indem sie die Staaten zum Betrügen treiben.

Die Geschichte wird feststellen, welche ungeheure Schuld an dem Ausbruch des Krieges den Regierungen der einzelnen Großstaaten und ihrer Diplomatie zukommt. Der Weltkrieg hat während seiner achtmonatigen Dauer bereits unermeßliche und unschätzbare Mengen von Kulturgütern und zahllose Hekatomben von Menschenleben vernichtet. Er hat die höchsten Errungenschaften der Zivilisation, die hehrsten Menschheitsideale zertreten und geschändet. Seit Anfang brachte er den verurteilungswürdigen Bruch des Völkerrechts, der das furchtbare Unheil für das kleine neutrale Belgien zur Folge hatte. Als sein Ende droht das Weitbluten der an ihm beteiligten Völker, ihre vollständige wirtschaftliche Erschöpfung. Er droht, auf lange hinaus die sozialistischen Kräfte lahmzulegen, die Träger der weiteren geschichtlichen Entwicklung sein sollen.

Der Weltkrieg steht insbesondere in einem unversöhnlichen Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse in den kriegführenden wie in den neutralen Ländern Europas, in der ganzen Welt. Unter der kreuzfahrenden Losung, die Interessen des Vaterlandes durch patriotische Pflichterfüllung zu wahren, vergeudet er Gut und Blut des arbeitenden Volkes; dessen Energie, Opferfreudigkeit und Kampfestüchtigkeit fordert er für die Ziele des kapitalistischen Imperialismus ein und stellt damit die besten proletarischen Kräfte in den Dienst der ausbeutenden und herrschenden Klassen.

Unter der nämlichen Losung vereinigt der Weltkrieg national in den kriegführenden Ländern die Arbeiter mit ihren Ausbeutern und Herren und trennt sie damit international von ihren Brüdern, den Proletariern jenseits der Grenzpfähle. An die Stelle des Klassenkampfes der Arbeiter für die Hebung ihrer Lage und die einstige Befreiung setzt er den nationalen „Burgfrieden", an die Stelle der internationalen Solidarität den internationalen Brudermord. Er hetzt die Völker nicht nur durch die Blutströme, die von den Schlachtfeldern herkommen, sondern ebenso durch die Schmutzströme des Hasses, der Selbstüberhebung, Verleumdung und Beschimpfung. Eine niedrige chauvinistische Gesinnung hat sich breit gemacht, die das Vaterland schändet, statt es durch vorurteilslose Anerkennung der Kulturleistungen anderer Nationen zu ehren. Mit dem allem lähmt und korrumpiert der Weltkrieg national den Klassenkampf der Arbeiter und erschwert ihren internationalen Aufmarsch gegen ihre Todfeinde: die kapitalistische Ordnung. Erhindert die Arbeiterklasse bei der Erfüllung ihrer großen geschichtlichen Aufgabe: der Befreiung des Proletariats als Werk der vereinigten Proletarier aller Länder.

Von diesen Erwägungen ausgehend, erklärt die außerordentliche Konferenz der sozialistischen Frauen: **Krieg diesem Kriege!** Sie fordert die sofortige Beendigung dieses greueltreichen Völkerringens. Sie fordert einen Frieden ohne Annexionen, ohne Erobrungen, der das Recht der Völker und Nationalitäten — auch der kleinen — auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anerkennt und keinem der kriegführenden Staaten demütigende, unerträgliche Bedingungen auferlegt.

Ein solcher Frieden wird die Vorbedingung dafür sein, daß in den kriegführenden Ländern die Proletarier sich dem Bann des Nationalismus entwinden, daß die sozialistischen Parteien und die Arbeiterorganisationen ihre volle Aktionsfreiheit für den Klassenkampf wiedergewinnen und als zielklare Vorhut der arbeitenden Massen diese um die Fahne des internationalen Sozialismus sammeln.

Die außerordentliche Frauenkonferenz ist der Ueberzeugung, daß eine baldige Beendigung des Weltkrieges nur durch den klaren, unerschütterlichen Willen der breitesten Volksmassen in den kriegführenden Ländern selbst erzwungen werden kann. Dieser Wille muß in der Solidarität der Sozialisten, der Proletarier der neutralen Staaten tatkräftige Unterstützung finden. Es ist die heilige Pflicht der Sozialistinnen, in dem Kampfe für den Frieden mutig und opferbereit voranzugehen und die aus dem tiefsten Leid des Krieges geborene Friedenssehnsucht der Frauen, namentlich der Arbeiterinnen als klaren, bewußten Friedenswillen zur Geltung zu bringen.

Die Frauenkonferenz ruft daher die sozialistischen, die proletarischen Frauen aller Länder auf, keine Zeit und keine Gelegenheit zu versäumen, alle vorhandenen Mittel und Wege zu benützen, um ohne Furcht vor Hindernissen und Verfolgungen durch Massenkundgebungen jeder Art ihr internationales Solidaritätsbewußtsein und ihren Friedenswillen zu bekunden. Der jetzige Krieg weist mit dem Kampfe für den Frieden den Frauen eine geschichtliche Rolle zu, die, wenn sie begriffen und erfüllt wird, von der größten Tragweite für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes und das Gelingen für den Sozialismus werden kann.

Die Frauenkonferenz hat in dieser Zeit entsetzlichen Unheils den erhebenden Beweis erbracht, daß die Sozialistinnen aller Länder — namentlich auch der kriegführenden — in aller schwesterlicher Treue, in dem Bewußtsein der einen großen Solidarität und Pflicht zu einheitlichem Wollen und Handeln für das gleiche Ziel geeint sind. Sie ist von der Hoffnung getragen, daß die Proletarierinnen aller Länder in der gleichen Einheitlichkeit sich zur internationalen Friedensaktion zusammenscharen. Sie handelt damit im Sinne der internationalen Kongresse zu Stuttgart, Kopenhagen und Basel, die es durch einstimmige Beschlüsse den sozialistischen Parteien aller Länder zur Pflicht machen:

... Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch

tische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.

Die Frauenkonferenz erwartet darum, daß die sozialistischen Parteien aller Länder die Führung der Völker im Kampfe für den Frieden rasch, zielklar und entschieden übernehmen. Die Friedenskaktion der sozialistischen Frauen muß Vorläuferin einer allgemeinen Bewegung der werktätigen Massen sein, die Beendigung des Brudermordes sein. Sie muß einen wichtigen Schritt vorwärts bedeuten zum Wiederaufbau der einen großen Arbeiterinternationalen.

Jahresbericht
der
sozialdemokratischen Partei des Kts. Bern pro 1914.

II. (Schluß.)

Gleichzeitig mit diesen kantonalen Wahlen fand im ersten eidgenössischen Wahlkreis, im Jura-Süd eine Ersatzwahl in den Nationalrat statt. In diesem Wahlkreis hatten bisher die Freisinnigen die absolute Mehrheit inne und sämtliche drei Mandate besetzt. Seit vielen Jahren kämpfte die Arbeiterschaft vergebens um ihr Recht auf eine Vertretung. Es war bisher dem Terrorismus der jurassischen Fabrikherren immer wieder gelungen, einen Sieg der Arbeiter zu verhindern. Aber trotz aller Maßregelungen, trotzdem Hunderte von Arbeitern aufs Pflaster flogen, wuchs die sozialdemokratische Stimmenzahl immer höher. Bei der Ersatzwahl 1912 erhielt der sozialdemokratische Kandidat Emil Ryser in Biel 3423, der freisinnige Fabrikdirektor Savoye 4170 Stimmen. Am 3. Mai 1914 stimmten für Ryser 4115 Wähler, für den Freisinnigen Frepp 4193, letzterer betrachtete sich als gewählt. Ein großer Sieg des Freisinns wurde proklamiert, in Münster, dem Wohnort Frepps, hatten dessen Anhänger eine Siegesfeier veranstaltet, Musikkorps spielten; Gesangvereine ließen ihre Lieder erschallen, der Wahlwein floß in Strömen. Aber zwei Tage später kam von der Regierung aus Bern die Nachricht, die Wahl sei nicht ausstandsgekommen, das absolute Mehr, das 4620 betrage, fehle von keinem Kandidaten erreicht worden, ein zweiter Wahlgang sei angeordnet. Die Feiern „läß gesoffen" am Sonntagabend in Münster.

Die kantonale Geschäftsleitung traf sofort die nötigen Maßnahmen für den zweiten Wahlgang; es galt die Genossen im Süd-Jura kräftig zu unterstützen. Der Wahlkampf wurde als Kampf um den Proporz geführt, die katholisch-konservativen Proporzgegnerinnen und -gegner, die von Freisinn politisch in gleicher Weise unterdrückt sind, wie die sozialdemokratischen Arbeiter, halfen redlich mit, den Freisinn zu bekämpfen. Am 17. Mai, am Tag des zweiten Wahlganges, kam die frohe Botschaft vom Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten. Auf den Genossen Ryser fielen 5495, auf Frepp nur 5151 Stimmen; Ryser zog der 19. Sozialdemokrat in den Nationalrat ein.

Am gleichen Sonntag fanden noch einige Nachwahlen in den Großen Rat statt, wobei unserer Partei das in Büren eroberte Mandat wieder verloren ging.

So war die erste Hälfte des verflossenen Jahres eine Zeit der heftigsten politischen Kämpfe, aus denen die sozialdemokratische Partei gestärkt und gefestigt hervorging. Frecher Zuversicht sahen die Genossen im ganzen Kanton den Nationalratswahlen im Herbst entgegen.

Am 5. Juli fand eine weitere kantonale Abstimmung statt über ein neues Kantonalbankgesetz (Erhöhung des Grundkapitals von 20 auf 30 Millionen) und das Gesetz über den örtlichen Geltungsbereich des bernischen Strafgesetzbuches. Beide Gesetzvorlagen brachten Verbesserungen unhaltbarer Zustände, die sozialdemokratische Partei stimmte ihnen zu und das Volk nahm sie mit großer Mehrheit an. Auch an den gleichzeitig erfolgten Begirksbeamtenwahlen beteiligte sich die sozialdemokratische Partei lebhaft und erzielte namentlich bei den Geschworenwahlen mancherorts ganz hübsche Erfolge.

Der Ausbruch des Krieges hemmte zunächst die weitere politische Tätigkeit. Die Genossen der kantonalen Parteileitung, soweit sie nicht von der Mobilisation erfaßt wurden, beteiligten sich an der kantonalen Hilfsaktion und leisteten dort wertvolle Hilfe.

Erst Ende September, nachdem der Bundesrat die Vornahme der Nationalratswahlen im Oktober beschlossen hatte, gelang es, das politische Leben wieder zu erwecken. Von seiten der freisinnigen Partei des Kantons Bern wurde unsere kantonale Parteileitung eingeladen, an einer unverbindlichen Besprechung über die Nationalratswahlen teilzunehmen. Die Geschäftsleitung beschloß, die Einladung anzunehmen und ordnete Delegierte ab. An dieser Besprechung machten die Freisinnigen den Vorschlag, die Nationalratswahlen im Zeichen der Verständigung unter Wahrung des gegenwärtigen Besitzstandes durchzuführen. Die Delegierten unserer Partei verlangten eine stärkere Vertretung, vor allem die Ueberlassung allfällig freiwerdender Sitze an die sozialdemokratische Partei. Die freisinnige Mehrheitspartei, die freiwillig Gerechtigkeit nicht übt, weigerte sich, diesem Verlangen zu entsprechen. Der Parteivorstand im Einverständnis mit der schweizerischen Parteileitung beschloß angesichts der Tatsache, daß die Durchführung des Wahlkampfes technisch unmöglich war, weil die Organisationen durch die Mobilisation der Vertrauensleute vielfach beraubt waren, dem Wahlabkommen zuzustimmen. Dieser Beschluß wurde in der Partei durchaus nicht überall mit Freude aufgenommen, es kostete in einigen Orten Mühe, lokale Kampfeslust den Interessen des Gesamtpartei unterzuordnen.

Der schweizerische Parteitag in Bern drückte neuen Leben in die Parteiarbeit durch die Frage der Behandlung der Militärkredite in der Bundesversammlung von seiten der sozialdemokratischen Fraktion. In der großen Mehrheit der Sektionen, die bisher diese Verwerfung des Budgets aus und verlangte ein einmütiges und geschlossenes Auftreten der Genossen im Nationalrat. Es berührte unangenehm, daß bernische Abgeordnete unserer Partei eine schwankende Haltung einnahmen und es war deshalb, sehen zu müssen, wie der bernischer Vertreter den übrigen Genossen in den Rücken fiel und so wenig Verständnis für die Interessen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bekundete. Solche Erscheinungen sind nicht zuletzt dem Majorawahlverfahren zu verdanken. Mit dem Nationalratsproporz, der die Wahl sozialistischer Vertreter nicht mehr von der Gnade der Mehrheitspartei abhängig macht, werden auch diese Erscheinungen verschwinden, ein Grund mehr, für dessen Einführung mit allen Kräften zu arbeiten.

•

Der kantonale Parteitag vom 15. Februar 1914 hatte Bern als Vorort der Partei bezeichnet. Die bernischen Parteisektionen bestellten die kantonale Geschäftsleitung aus folgenden Genossen: Robert Grimm, Gustav Müller, Oskar Schneeberger, Ernst Wolf, Friedrich Heeb, Paul Gaudard, Karl Wollermann und Eugen Münch. Die Geschäfte wurden in acht Sitzungen der Geschäftsleitung erledigt. Im Bestand der Partei hat das Kriegsjahr 1914 seine Spuren hinterlassen. Auf 1. Januar 1914 zählten wir 135 Sektionen, am 1. Januar 1915 waren es nur mehr deren 130. Im vergangenen Jahr wurden neugegründet Madretsch Mitgliedschaft, Biel sozialdemokratischer Frauenverein, Oberhasle Grütlivereln, Cornol parti socialiste, Rüti b. Büren Arbeiterverein, Courgenay parti socialiste; Tavannes parti socialiste und Moutier parti socialiste; der Partei beigetreten ist der Grütlivereln Reuchenette; total neun Vereine. Eingegangen (oder pro 1914 haben nicht bezahlt) sind: Bammil Grütlivereln, Corban Grütlivereln, Frutigen Grütlivereln, Sozialdemokratischer Lehrerverein Oberland, Schwarzenburg Mitgliedschaft, Thunen-Mitgliedschaft, Wasen Arbeiterverein, die jurassischen Sektionen Courtelary, Cortébert, Cormoret, Neuveville, Péry-Reuchenette und Reconvilier; ausgetreten ist der Arbeiterverein Bremgarten; Total 14 Sektionen, so daß ein Rückgang von fünf Sektionen zu verzeichnen ist. Das Eingehen der vielen Sektionen im Süd-Jura hat seine Ursache hauptsächlich im sozialdemokratischen Sieg bei der Nationalratsersatzwahl vom 17. Mai. Aus Wut über ihre Niederlage und zur Befriedigung ihrer Rache warfen die Fabrikanten fast alle Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute der sozialdemokratischen Organisationen aufs Pflaster. Das ist das verfassungsmäßig garantierte Vereinsrecht im Jura!

Ueber den Stand der Mitglieder der Partei lassen sich zur Stunde noch keine genauen Zahlen angeben. Es ist ein Rückgang der Mitglieder eingetreten, vor allem der zahlenden Mitglieder. Da noch viele Vereinskassiere und andere Vorstandsmitglieder bei den Truppen im Felde stehen, haben viele Sektionen ihre Berichte noch nicht eingesandt. Die Wirkungen des europäischen Krieges auf die Partei werden erst im laufenden Jahre voll zur Geltung kommen, wenn die Mobilisation zu Ende ist. Hoffen wir, daß sie nicht allzu schwere sein werden. Sind gegenwärtig die meisten Sektionen darauf angewiesen, ihren Bestand aufrecht zu erhalten, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß das kommende Frühjahr oder der Sommer es ermöglichen, die agitatorische und werbende Tätigkeit weiter auszudehnen. Wo irgend möglich, müssen wir versuchen, die vielen Tausende, denen der Krieg und seine Wirkungen aufs neue unser Land die Augen geöffnet haben, unserer Partei zuzuführen.

Gewerkschaftsbewegung.

Schweizerischer Metallarbeiterverband.

In der letzten Nr. 14 der Schweiz. Metallarbeiterzeitung veröffentlicht der Zentralvorstand des schweizerischen Metallarbeiterverbandes eine interessante statistische Uebersicht über die Mitgliederbewegung im Jahre 1914. Danach zählte der Verband Ende 1913 in 90 Sektionen 16,838 Mitglieder. Das erste Halbjahr 1914 brachte dem Verband einen neuen Aufschwung, indem seine Mitgliederzahl auf 17,612 stieg und die Aussichten für die weitere Entwicklung waren so gute, daß nach der Meinung des Verbandsvorstandes das Berichtsjahr weitere 1000 Mitglieder gebracht und so seinen Gesamtzahl auf 18,000 erhöht haben würde. Nun kam der Ausbruch des Krieg und bewirkte das Gegenteil, indem die Mitgliederzahl des Verbandes auf 13,805 in 89 Sektionen Ende 1914, um 2633 zurückging. Im Jahresdurchschnitt belief sich die Mitgliederzahl auf 14,234.

Ein besonderes Interesse bietet die vergleichende statistische Uebersicht über die Verteilung der Mitgliederzahl auf die verschiedenen Nationalitäten in den beiden letzten Jahren, die folgendes Bild bietet:

	1913 in %	1914 in %
Schweiz	11,945 73	11,864 84,7
Deutschland	2,785 17	1,190 8,6
Italien	755 4,7	474 3,4
Oesterreich-Ungarn	584 3,6	289 2,1
Frankreich	161 1	108 0,7
Andere Länder	108 0,7	60 0,5

Die Gesamtzahl der ausländischen Mitglieder ist von 4393 in 1913 auf 2124 in 1914 zurückgegangen. Von den 2272 abgereisten Ausländern sind 1651 in den Kriegsdienst ihres Heimatlandes eingerückt. Der Rest ist aus andern Gründen, wie Arbeitslosigkeit etc., abgereist. Ganz überraschend ist der geringe Verlust von Mitgliedern schweizerischer Nationalität, die nur mit 261 am Gesamtverlust beteiligt sind. Der schweizerische Metallarbeiterverband hat demnach die ihm auferlegte Belastungsprobe gut bestanden. Z.

Eine Vereinbarung in der Holzindustrie.

Zwecks Stellungnahme zu der Eingabe des Holzarbeiterverbandes an den Schweizerischen Schreinermeisterverband hat am 26. März im Ausschusses vom Verband schweizerischer Schreinermeister mit den Vertretern des Holzarbeiterverbandes stattgefunden. Man einigte sich auf folgende Anträge, die als Beschlüsse gelten, sobald sie vom Zentralvorstand des Meisterverbandes sanktioniert sind.

1. Die örtlichen Sektionen der Meister- und Arbeiterschaft sind aufzufordern, möglichst bald gemeinsame Kommissionen zu bestellen, die die möglichste Innehaltung der gegenwärtigen Tarifverträge zu übermachen und eventuell Differenzen zu schlichten hätten, von der Voraussetzung ausgehend, daß jede Verschlechterung der Existenzbedingungen der Arbeiter in dieser teuren Kriegszeit möglichst entgegenzutreten sei. Im weiteren sollen diese Kommissionen alles tun, um die Berufsinteressen und Arbeitsmöglichkeiten nach Kräften zu fördern. Die beiden Zentralvorstände stellen den Sektionen ihre Mitarbeiter zur Verfügung.

2. Zur Beschaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit sind die gemeinsamen Kommissionen gehalten, diesbezüglich: Eingaben an Behörden, Genossenschaften und Private zu richten. Ebenfalls ist durch Aufrufe in der Tagespresse die Bevölkerung einzuladen, durch Ausführung von Reparaturen und Anhandnahme neuer Arbeiten den jetzigen Notstand zu lindern, immerhin unter der Voraussetzung normaler, den örtlichen Verhältnissen entsprechender Preisbedingungen.

3. Die beiden Zentralvorstände einigen sich dahin, nach Kräften zur Sanierung des Submissionswesens in Bund und Kantonen die nötigen Schritte einzuleiten.

Der schweizerische Zimmereiverband

veröffentlicht soeben seinen Jahresbericht, der beweist, daß auch diese Organisation unter dem Kriege schwer zu leiden hatte. Schon vor dem Ausbruch des Krieges war die Lage im schweizerischen Baugewerbe nichts weniger als rosig. Die Frühjahrsarbeiten für den Winter 1913/14 eine Arbeitslosigkeit von bisher unbekannten Dimensionen. 21 Prozent der Mitglieder meldeten sich arbeitslos und die Arbeitslosigkeit wollte auch mit Beginn des Sommers noch nicht verschwinden, so daß sich noch weitere Mitglieder genötigt sahen, ihren Bündel zu schnüren und sich in der Fremde ihr Brot zu suchen. Die Mobilisation hatte die Schließung der meisten Betriebe zur Folge, und selbst als nach der ersten Panik das schweizerische Wirtschaftsleben sich wieder langsam erhole, blieb die Tätigkeit im Baugewerbe gleich null. Nicht nur die private Bautätigkeit blieb fast vollständig gelähmt, auch der Bund und die Gemeinden gingen mit ihrer Sparpolitik dem privaten Unternehmertum mit einem „guten Beispiele" voran. Die Lage wurde verschärft durch die enorme Preissteigerung der Lebensmittel und zu allem Unglück kamen auch die Unternehmer noch mit ihren Lohnkürzungen. Während der Schweizerische Bauarbeiterverband seinen Mitgliedern bringend angeraten hat, die Löhne nicht zu bezahlen, hat der Zentralvorstand des Schweizerischen Zimmermeisterverbandes seinen Sektionen freie Hand gelassen und diese haben denn auch ausgiebigen Gebrauch von dieser Freiheit gemacht, weil ihre Arbeiter sich ja nicht dagegen wehren konnten.

In der Ostschweiz ist eine ganze Anzahl kleiner Sektionen verschwunden, weil die Mitglieder alle in Dienst mußten. An anderen Orten wurde mit einem großen Teil der Mitglieder auch der ganze Vorstand abberufen.

Um das Schicksal der Angehörigen des Verbandes nach Möglichkeit zu erleichtern, beschloß der Vorstand, den Familien der in Dienst gerufenen Kameraden eine Notstandsunterstützung von 80 Fr. im Maximum zu bewilligen. Außerdem wurde den Mitgliedern weitestgehende Stundung der Beiträge gewährt. Die Zahl der Sektionen ist von 45 auf 36 zurückgegangen. Der Mitgliederbestand ist von 1450 auf 780 gesunken. 200 Mitglieder waren noch am 31. Dezember im Militärdienst, es nicht dazu gerechnet sind. Die Mitgliederbewegung ergibt folgendes Bild: Neuaufnahmen und Erneuerungen 332 (599 im Vorjahre, angemeldet aus anderen Sektionen 239 (560), vom Auslande angemeldet 161 (238), somit ein Zuwachs von total 732 (1395) Mitgliedern. Abgereist sind 920 (1021), ausgetreten 106 (54), ausgeschlossen 168 (152), gestorben 8 (4) und im Militärdienst 200, somit ein Abgang von total 1402 (1667) Mitgliedern. Für Beiträge hat die Zentralkasse Fr. 19,478.03 eingenommen gegen Fr. 25.004.57 im Vorjahre, einen Ausfall also von Fr. 5526.54.

Unter den Ausgaben steht die Arbeitslosenunterstützung mit Fr. 12,402.25 an erster Stelle. Der Vorstand hat sich entschlossen, auch nach Ausbruch des Krieges die Unterstützungen voll aufrecht zu erhalten und außerdem noch eine besondere Notstandsunterstützung den Mitgliedern zu gewähren. Dieses Konto ist diesmal mit Fr. 2285.10 außerordentlich belastet. Zusammen wurden für Unterstützungen Fr. 15,459.90 ausgegeben, so daß die Mitglieder rund 80 Prozent ihrer Beiträge an Unterstützungen wieder zurückerhielten. Das Vermögen in der Zentralkasse ist von Fr. 35,534.88 Ende 1913 auf Fr. 30,504.83 zurückgegangen. Das Gesamtvermögen (einschließlich der Lokalkassenbestände) erfuhr eine Verminderung von Fr. 78,828.12 auf Fr. 69,846.23.

Kanton Bern.

Aarberg.

tm. **Märzgemeindeversammlung.** Die Märzgemeinde wickelte sich nicht im Sinn und Geist der alten Radikalen ab. Die heutigen Freisinnigen sind bis aufs Mark reaktionär geworden. Trotz ganz anormaler Teuerung finden diese Herren, es gebe in Aarberg keine Armen. Wie stellen sich denn die Herren die Angst vor, etwa so, daß die armen Teufel in total zerlumpter Kleidung herumlaufen lassen und auf den Knien um ein Almosen betteln. Die heutigen Freisinnigen sind bis aufs Herz, auch ein nur minimaleS Opfer, die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schulmaterialien, vorläufig an der Primarschule, zu Grütlivereln eingebrachte Motion materiell Lehrerschaft zur Prüfung und Antragstellung überwiesen. Wie wir schon vorher gesagt haben, durften es unsere Volksvertreter in dieser so schönen und überall als gut anerkannten Sache, die einen unschätzbaren ideellen ideischen Wert in sich birgt, das Totengläckchen zu läuten. Von 88 Schulklassen im Amte sind es über 70, die die Lehrmittel unentgeltlich bekommen. Nur Aarberg als Hauptort gehört noch zu den wenigen reaktionären Schulgemeinden. Für die Totengräber eines schönen und edlen Schulgesetzes ist ein neuer Kommentar überflüssig. Es leben die Gelsdafpatrioten! Daß die Arbeiterschaft auch diesmal bei der Gemeinderatswahl vergewaltigt werde, mußte man erwarten. Im ersten Wahlgang brachte es der Altfreisinnige Dr. Rupp-Biry auf 40 Stimmen, der Jungfreisinnige Notar Adam auf 17 und unser Mandatar Genosse Künzi auf 23 Stimmen. Im zweiten Wahlgang machte Dr. Rupp 69 Stimmen und Genosse Künzi 25. Zu konstatieren ist, daß diese 25 alles rein sozialdemokratische Stimmen sind. Die stramme und unerschütterliche Disziplin auseinerseits hat sich aufs neue bewährt. Wir haben einen beachtenswerten Fortschritt zu verzeichnen. Also frisch draufloS, Genossen, wenn der Kampf auch bitter erscheint. Den anonymen Wahlschreiber an der Lyßstraße können wir nur sagen, daß wir der freisinnigen Partei zu Anhängern seiner Art gratulieren.

Bözingen.

Nichtgiftelung. (Eing.) In Nr. 75 erschien ein Eingesandt, betitelt: „Vergebliche Mühe". Wir stellen ihm gegenüber folgendes fest. Es ist nicht unsere Absicht, den Grütliverein in ein schiefes Licht zu stellen, das tut er selbst. Der Grütliverein hat seine politische Tätigkeit eingestellt, bevor bei Worden in ganz Europa eingefegt hat. Der Mitgliederrückgang ist der politischen Unthätigkeit zuzuführen und nicht der Streichung wegen Nichtbezahlung der Monatsbeiträge. Was die Gründung einer sozialdemokratischen Mitgliedschaft anlangt, so waren es die ältern Grütlianer, die diese bekämpften, während die jüngern dafür eintraten und nicht auf die Rede des Parteisekretärs Genossen Fähndrich hörten. Die Politik, die der Grütliverein betrieb, behagt nicht jedem Sozialdemokraten. Das ist es, was die Genossen vom Grütliverein fernhält, und nicht die 60 Rp. Monatsbeitrag. Entweder hat der Einsender an der Versammlung vom 20. März geschlafen oder aber er hat diese gar nicht besucht.

X.

Huttwil.

Ein ganz Feiner. (Eingef.) Wie einst Judas Ischariot Christus verraten konnte, so gibt es auch heute noch Leute, die sich ganz gut in diese Rolle schicken können und sich nichts daraus machen, ihre Arbeitsbrüder und -schwestern zu verleugnen. Es ist kaum zu glauben, daß jemand, der glaubt, alle Weisheit für sich allein in die Taschen gesteckt zu haben, zu dieser Haltung emporgeschwungen. So hat auch die Aufsehung des Zensuswahlrechts durch das Bundesgericht diesen „Arbeiterfreund" arg aus dem Häuschen gebracht, und er kann sich fast gar nicht in die „Ungerechtigkeit" schicken, daß in Zukunft auch die Arbeiter, die keine Steuern zahlen müssen, in Gemeindeangelegenheiten stimmberechtigt sind. Hoffentlich wird er von den Freimaurern für diese Leistung mit dem eisernen Kreuz ausgezeichnet. Wenn man aber seine Haltung mit seiner sonstigen Politik vergleicht, so wird man kaum etwas Verunstaltigeres von ihm verlangen können. Wer möchten aber diese Gemeindevätter, der sich für gescheiter hält als die Mehrheit der Bundesrichter, gleichwohl fragen, ob denn die Arbeiter schuld sind, daß sie kein Auskommen haben, daß ihnen die Möglichkeit gibt, Steuern zu zahlen? Oder ist es „arbeiterfreundlicher Gerechtigkeitssinn", daß man solche Arbeiter, trotz besen, daß sie ebenso Schweizer gleich ist von dem Gesetz als Schweizerbürger dritter Klasse behandelt? Will der Mann sich nicht weiterhin lächerlich machen, so möchten wir ihm raten, in Zukunft mit seinem sinnlosen Gescheitsein nicht so plump an die Oeffentlichkeit zu treten, das Bundesgericht wird deshalb nicht anders entscheiden.

Wangen.

Aus dem reaktionären Sumpf. (Eingef.) In dem Städtchen Wangen herrschte seit der Mobilisation militärisches Leben. Die Soldaten erkannten bei ihren Einkäufen aller Art sogleich die Vorteile der Waren und Preise im Konsum Wangen mit den Filialen Wiedlisbach und Attiswil. Der Verwalter schloß für besorgte Gemeinden Lebensmittelbestellungen ab und wußte in jeder Hinsicht den Preisaufschlägen durch den Zwischenhandel einen Riegel zu schieben. Als klärlich ein Konsummitglied an einer Gemeindeversammlung in Attiswil auf die Nützlichkeit der Konsumgenossenschaft hinwies, da schüttelten die Bürgerlichen den Bauch vor Lachen. Dr. Meier lachte zuerst und die andern lachten nach. Der Zufall wollte es nun, daß zwei Brüder kürzlich in Wangen Kantonnement bezogen. Als treffsichere Schützen ihrer Aufgabe in der Zeit der Gefahr wohl bewußt, erspähten sie mit sicherem Blick, wer etwa der Feind kommen könnte. Die Kundschaft von Attiswil, wohl die Bürgerlichen so zahlreich sind. Und richtig, da kommt auch die Meldung. Eine Frau mit weißen Haaren, von Kummer gebeugt, der zwei Brüder eigenes Mütterlein, überbringt sie. Laut Vorladung mußte sie ins Schloß Wangen zum Untersuchungsrichter vor den Herrn Regierungsstatthalter. Das Mütterlein hatte die Stube begangen, ein Gesuch um Lebensmittel eingereichen für die Zeit, so lange ihre einzigen Stützen im Dienste für's Vaterland stehen. Der Herr Regierungsstatthalter des Amtes Wangen erkannte angesichts des hohen Alters und schweren Gebrechens der Frau die Berechtigung der Unterstützung sofort an und verfügte die sofortige Abgabe von Lebensmitteln (ein Liter Milch und ein Brötchen der Tag), die wohl oder übel die bürgerlichen Amtswiler Behörden zu leisten haben.